



Stoppt den Krieg in der Ukraine – Frieden, Freiheit und Menschenrechte stärken!

Die Delegierten des Landesfrauenrates Niedersachsen e.V. (LFRN) verurteilen aufs Schärfste den völkerrechtswidrigen Angriff der russischen Regierung auf den souveränen Staat der Ukraine.

Wir solidarisieren uns mit den Menschen in der Ukraine, die täglich um ihr Leben fürchten. In Gedanken sind wir vor allem bei den Menschen, die im Konflikt bereits jemanden verloren haben.

Wir solidarisieren uns mit all denjenigen, die wegen des Krieges auf der Flucht sind. Zugleich solidarisieren wir uns mit den Menschen in Russland, die trotz der Gefahr einer Inhaftierung gegen den Krieg protestieren.

Wir fordern die politischen Entscheidungsträger*innen zur Umsetzung der notwendigen Sanktionen auf, zur humanitären Hilfe für die Bevölkerung und Unterstützung für alle Menschen auf der Flucht.

Krieg und damit einhergehend Vertreibung und Flucht bedeuten für Frauen und Mädchen immer die Bedrohung durch sexualisierte Gewalt und Ausbeutung. Krieg bedeutet für viele Frauen und Mädchen auch den Anstieg von häuslicher Gewalt, Traumatisierungen und ein mögliches Ausgeliefert-Sein in neue Gewaltstrukturen. Wir fordern, dass Frauen und Mädchen entsprechend der UN-Resolution 1325 vor geschlechtsspezifischer Gewalt geschützt werden.

Wir fordern die politisch Verantwortlichen in Deutschland und der EU auf, die Arbeit der Frauenrechtsorganisationen und Schutzeinrichtungen für alle gewaltbetroffenen Frauen und ihre Kinder in der Ukraine finanziell zu unterstützen und auszuweiten. Daneben müssen alle vor dem Krieg in der Ukraine flüchtenden Menschen unabhängig von Aufenthaltsstatus, Herkunft, Behinderung, Geschlecht oder Religion, die in Europa und Deutschland Zuflucht suchen, unkompliziert Aufnahme finden. Erst nach der Ankunft in Deutschland trauen sich viele Frauen über die erlebte Gewalt zu berichten und hier ist eine kompetente Beratung zwingend erforderlich.

Wir fordern eine feministische Politik, die eine Abkehr von der Fokussierung auf militärische Gewalt, Dominanz und Unterdrückung ermöglicht. Für eine nachhaltige Politik, die auf langfristigen Frieden und Deeskalation in Europa abzielt, ist die stärkere Beteiligung von Frauen und die Einbindung ihrer Expertise – auch in den aktuellen Friedensverhandlungen – unabdingbar, wie es die völkerrechtlich bindende UN-Resolution 1325 postuliert.

Gemeinsam treten wir ein für Frieden, Freiheit und Menschenrechte in Europa.

Hannover, 19. März 2022